



Annette Sawade

Mitglied des Deutschen Bundestages
SPD-Bundestagsfraktion

Annette Sawade, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Eheleute
Reinhard und Eva Schwarz
Schwalbenstraße 13
74632 Neuenstein

Per E-Mail: reinhardschwarz@t-online.de

Abgeordnetenbüro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon (030) 227 – 71210
Telefax (030) 227 – 76501
E-Mail annette.sawade@bundestag.de
Internet <http://annette-sawade.de/>

Berlin, den 17.12.2012

**Petition gegen die Einbeziehung von ehemaligen DDR-Flüchtlings in das RÜG
Ihr Schreiben vom 19. November 2012**

Sehr geehrter Herr Schwarz, sehr geehrte Frau Schwarz,

nachdem ich inzwischen mit meinem Kollegen Ottmar Schreiner gesprochen habe, antworte ich Ihnen gerne – auch im Namen von Herrn Schreiner – und informiere Sie über den aktuellen Sachstand.

In dem Schreiben vom 27. September 2012 an die Vorsitzende des Petitionsausschusses machte Ministerin Ursula von der Leyen deutlich, dass aus ihrer Sicht keine Gründe für eine von der Beitragsäquivalenz abweichende Sonderregelung bei der Rentenberechnung für nach 1936 geborene DDR-Übersiedlerinnen und Übersiedler vorliegen. Die Ministerin hat das vom Petitionsausschuss vorgelegte Votum damit zurückgewiesen.

Hier wird klar: Der Bundesregierung fehlt die Konsequenz in der Aufarbeitung der einstimmigen Beschlüsse des Petitionsausschusses. Darauf verwies auch Klaus Hagemann, Sprecher der Arbeitsgruppe Petitionen der SPD-Bundestagsfraktion, in seiner Pressemitteilung vom 04. Oktober 2012, in der es weiter heißt: „Seit 2009 wurden von zwölf höchsten Voten zur Berücksichtigung erst sechs umgesetzt. Von 27 zweithöchsten Beschlüssen zur Erwägung wurden sieben umgesetzt, elf sind offen und neun wurden abgelehnt.“ Die vollständige Pressemitteilung habe ich Ihnen beigelegt.



Annette Sawade

Mitglied des Deutschen Bundestages
SPD-Bundestagsfraktion

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag haben uns entschlossen, erneut einen entsprechenden Antrag vorzubereiten. Wir werden diesen im nächsten Jahr in den Bundestag einbringen – und im Plenum zur Diskussion stellen.

Orientieren werden wir uns übrigens an dem Antrag „DDR-Altübersiedler und -Flüchtlinge vor Rentenminderungen schützen – Gesetzliche Regelung im SGB VI verankern“ aus dem Jahr 2011, den ich Ihnen in meinem letzten Schreiben bereits beigefügt hatte.

Im Rahmen unseres gemeinsamen Termins mit Herrn Minister Peter Friedrich am 30. Januar 2013 können wir darüber hinaus gerne weitere Fragen klären.

Bis dahin wünsche ich Ihnen frohe und besinnliche Weihnachtsfeiertage und verbleibe

mit freundlichen Grüßen


Annette Sawade, MdB